



Berlin-Oldenburg-Express – Oktober 2011

Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB

Berlin, den 11. Oktober 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Sommerpause sind wir im Bundestag, in Niedersachsen und Oldenburg mit ereignisreichen Wochen in den September gestartet: Da war die wichtige Haushaltswoche, in der ich zum ersten Mal verantwortlich für meine Fraktion den Haushalt eines ganzen Ministeriums kontrollierte; ich hielt eine Rede im Bundestag zum Thema Bildung in der Entwicklungspolitik; schließlich berieten wir in der letzten Septemberwoche im Bundestag über die Erweiterung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), ein neues Bundeswahlgesetz und die achte Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. In Hannover fand ein außerordentlicher Parteitag statt, um einen neuen Vorsitzenden für die Liberalen in Niedersachsen zu wählen. Für Oldenburg setzte ich mich beim niedersächsischen Justizminister für den Neubau des Justizzentrums ein; im Ammerland traf ich mich mit den Bürgermeistern aus dem Landkreis. Und im Schulvorstand der Berufsbildenden Schulen 3 (BBS 3) Oldenburg hatten wir unsere konstituierende Sitzung.

Rettungsschirm

Am 29. September ist im Bundestag mit insgesamt 523 Stimmen für die Erweiterung des so genannten Rettungsschirms gestimmt. Der Rettungsschirm, also die **Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)**, dient der weiteren Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung. Mit der EFSF steigt der Anteil der deutschen Bürgschaften auf 211 Milliarden Euro. Da noch viele Fragen zum Thema Euro-Stabilisierung, Griechenlandhilfe, Mitgliederbefragung und Euro-Rettungsschirm bestehen, wende ich mich in der nächsten Woche mit einer Sonderausgabe des Berlin-Oldenburg-Express' noch einmal an sie, um sie im Detail zu informieren.



Ein neues Bundeswahlgesetz

Dank der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP haben wir in Deutschland wieder ein **verfassungskonformes Bundeswahlgesetz**. 2008 hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass das negative Stimmgewicht des Wahlrechts verfassungswidrig ist, da es dem Grundsatz der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl widerspricht.

Wir haben uns nach langen Diskussionen und Berechnungen in der Regierungskoalition auf ein Wahlrecht geeinigt, das **die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts bezüglich des negativen Stimmgewichts umsetzt**. Ansonsten wird für Wähler und Wählerinnen das bewährte System der zwei Stimmen beibehalten. So haben wir bei einem Höchstmaß an Konstanz ein verfassungskonformes und gerechtes Bundeswahlgesetz geschaffen.

Den ganzen Entwurf des verabschiedeten Gesetzes finden Sie hier:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706290.pdf>

Kein Schlussstrich unter die Aufarbeitung der DDR-Diktatur

Die achte Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zeigt: Es kann und darf in Deutschland keinen Schlussstrich unter die Aufarbeitung der DDR-Diktatur geben. Im Kern waren sich hierüber alle Parteien – außer die gegenüber der DDR-Diktatur blinden Linken – einig. **Dies gilt zumindest für das Recht der Opfer auf Einsicht in die Stasi-Akten.**

Uneinigkeit herrschte bei der **Überprüfung von Bediensteten im öffentlichen Dienst** ab der Besoldungsstufe A 9 bzw. Entgeltgruppe E 9 auf eine frühere hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Es ist richtig, Menschen in diesen Positionen auf eine frühere Stasi-Tätigkeit prüfen zu lassen. **Wer in solchen Positionen für die Öffentlichkeit tätig werden will, der sollte in der Vergangenheit nicht das öffentliche Vertrauen missbraucht haben.** Das Recht an einen begründeten Verdacht zu koppeln, würde oft die Überprüfung verhindern – wie Beispiele aus Brandenburg belegen. Es geht bei der Ausweitung nicht darum, Ostdeutsche unter einen Generalverdacht zu stellen. Vielmehr muss dem öffentlichen Arbeitgeber das Recht gegeben werden, die gleichen Überprüfungen durchführen zu dürfen wie es faktisch jeder Journalist darf.

Der dritte Teil des Gesetzes entschied, dass noch in der Stasi-Unterlagen-Behörde tätige ehemalige Stasi-Mitarbeiter auch gegen ihren Willen innerhalb des Bundesdienstes versetzt werden können. **In Zukunft soll in der Stasi-Unterlagen-Behörde ein generelles Beschäftigungsverbot für ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit gelten.** Dieser Punkt war unter den verschiedenen Fraktionen der strittigste. Für mich war der Punkt eindeutig und ich bin froh, dass wir ihn mit der christlich-liberalen Koalition durchsetzen konnten. Denn es ist eine Zumutung für die Opfer der Staatssicherheit, dass diese sich mit jenen bei einem Besuch der Stasi-Unterlagenbehörde auseinandersetzen müssen. Die nachhaltige Priorität muss der Schutz der Opfer haben.

Bildung in der Entwicklungspolitik

Mit dem seit März dieses Jahres im Entwurf **vorliegenden Strategiepapier des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)** und dem im Juni letzten Jahres beschlossenen Antrag „**Bildung in Entwicklungs- und Schwellenländern stärken - Bildungsmaßnahmen anpassen und wirksa-**



mer gestalten“ gehen wir im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im BMZ unter Führung von Dirk Niebel den richtigen Weg.

Am 21. September stellte die SPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag zur besseren Bildungsförderung in der Entwicklungspolitik. Der Antrag stimmte mit den Zielen, die wir in der Regierungskoalition zur Bildungsförderung haben, größtenteils überein. Leider blieb die SPD-Fraktion mit ihren Forderungen teilweise hinter dem, was wir bereits erreicht haben, zurück. Deswegen lehnten wir den Antrag ab.

Trotz des Sparzwangs aller Bundesetats sollen die **Bildungsausgaben für Afrika im Vergleich zum Jahre 2009 bis zum Jahre 2013 verdoppelt** werden. Ebenso wird die Zahl der Partnerländer mit dem Schwerpunkt Bildung erhöht. Dies zeigt, welche Bedeutung die christlich-liberale Koalition der weltweiten Bildung zumisst.

Meine Rede zur Ablehnung des Antrags finden sie unter:

http://www.ratjen-damerau.de/files/31655/Bundestagsrede_Dr._Ratjen-Damerau_21092011.pdf

oder als Video unter:

<http://dbtg.tv/vid/17/126/33/5>

50 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Das BMZ hat Grund zum Feiern! Das in der weltweiten Politik einmalige Ministerium feiert 50. Geburtstag. Fraktionsübergreifend war man sich bei der Würdigung des Jahrestages im Plenum einig, dass das BMZ gute Arbeit geleistet hat – und gefordert ist, weiterhin gute Arbeit zu leisten. Walter Scheel, der Gründer des BMZ, hat schon in den Kinderjahren deutscher Entwicklungspolitik die zukünftigen Herausforderungen erkannt. Bereits 1964 sagte er: **„Deutschlands Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern geht jeden von uns an...Wir können diese Herausforderung nur dann zu einer geschichtlichen Chance gestalten, wenn alle Bürger unserer res publica bereit sind, diese Herausforderung anzunehmen, und ihr im Geist menschlicher Solidarität zu begegnen.“**



Walter Scheel ist es wesentlich zu verdanken, dass Entwicklungspolitik in Deutschland von Anfang an auf einem überparteilichen Konsens fußt, dass sie breite Akzeptanz in der Bevölkerung genießt. 50 Jahre BMZ und deutsche Entwicklungszusammenarbeit bedeuten jedoch nicht 50 Jahre dieselbe Politik. **Zwölf Minister haben seit 1961 die Entwicklungspolitik mitgestaltet und sie an die Herausforderungen der Zeit angepasst.**

Die erste Frau in diesem Amt war Entwicklungsministerin Marie Schlei. Sie erkannte in den 1970er-Jahren das Potenzial der Frauen für die Entwicklung ihrer Länder. Carl-Dieter Spranger baute nach der Wiedervereinigung eine gesamtdeutsche EZ auf und unterstützte die Transformationsprozesse in den ehemaligen Ostblockstaaten. Heidemarie Wieczorek-Zeul hat sich auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für eine starke EZ eingesetzt. **Unter Bundesminister Niebel erfährt die Kooperation mit der Wirtschaft und mit der Zivilgesellschaft eine stärkere Akzentuierung.** Unter liberaler Führung hat sich das BMZ zu einem dynamischen Ministerium entwickelt, das an der Ursachenbekämpfung arbeitet und

nicht nur auf Symptome der Fehlentwicklung reagiert. **Ich bin sehr froh, dass ich als Entwicklungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion einen wesentlichen Teil zur Entwicklungspolitik Deutschlands leisten kann.**

Eine Zwischenbilanz der zwei Jahre liberaler Entwicklungspolitik finden sie auf meiner Homepage unter: http://www.ratjen-damerau.de/files/31655/Halbzeitbilanz_EZ_01092011.pdf

50 Jahre BMZ werden wir auch in Oldenburg zum Anlass nehmen, zusammen mit der IHK Oldenburg am 16. November die Arbeit des BMZ im Rahmen einer Festveranstaltung zu würdigen. Neben Vorträgen von **Prof. Dr. Marx Gomez** von der Universität Oldenburg und der **Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp** werde ich bei Musik der Gruppe **Mega Afro des Integration e.V.** Oldenburg mit Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft über künftige Projekte in der Entwicklungspolitik sprechen. **Entwicklungspolitik heißt anderen Chancen eröffnen und gleichzeitig eigene Chance nutzen.**

Gute Wahl auf dem Landesparteitag

Am 25. September trafen wir uns in Hannover zum außerordentlichen Landesparteitag. Grund war die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden, da **Philipp Rösler** sein Amt des Landesvorsitzenden vorzeitig niederlegte, um seiner Verantwortung als Bundesvorsitzender nachzukommen. Mit 87,4 % der Stimmen hat der Parteitag **Dr. Stefan Birkner** zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ein hervorragendes Ergebnis und ein Beweis des Vertrauens in Stefan Birkner.

Neben dem Posten des Landesvorsitzenden wurde auf dem Sonderparteitag auch mein Posten der Generalsekretärin neu besetzt – zumindest kommissarisch. **Aufgrund meiner parallelen Tätigkeit als Entwicklungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion** habe ich nicht mehr die Zeit, die notwendige Arbeit an der Basis zu leisten. Bis zum kommenden Frühjahr wird der Landtagsabgeordnete **Gero Hocker** meine Aufgaben übernehmen.



Mein Interview zum Sonderparteitag finden sie hier:

<http://www.nwzonline.de/Aktuelles/Politik/NWZ/Artikel/2698888/Die-FDP-muss-f%FCr-t%E4gliche-N%F6te-ansprechbar-sein.html>

Verstärkte Zusammenarbeit mit den Mandatsträgern und Mandatsträgerinnen

Nach der niedersächsischen Kommunalwahl ist nun die Zeit der Neuorientierung gekommen. In den kommenden fünf Jahre sind wir als Kreis- und Ortsverbände stärker auf die Mandatsträger in Bund und Land angewiesen als bisher. Dieser vorübergehende Zustand sollte uns nicht resignieren lassen. **Jeder Bürger und jede Bürgerin kann und sollte an die Mandatsträger und Mandatsträgerinnen in Bund und Land herantreten und Ideen zur Verbesserung der Lebensqualität äußern.** Treten Sie also auch an mich heran. Meine Büros in Oldenburg und Berlin stehen Ihnen gerne zur Verfügung und helfen Ihnen weiter.

Justizzentrum für Oldenburg

In einem Gespräch mit dem Präsidenten des Oberlandesgericht Oldenburg, Dr. Gerhard Kircher, wurde mir das Problem der verstreut liegenden Justizgebäude in Oldenburg noch einmal sehr deutlich. Ich entschloss mich umgehend zu handeln und forderte den niedersächsi-

schen Justizminister, Bernd Busemann, auf, **die Mittel für den Neubau eines Justizzentrums in Oldenburg bereitzustellen**. Die Antwort steht noch aus.

Hier finden Sie meinen Brief an Bernd Busemann:

http://www.ratjen-damerau.de/files/31655/Busemann_Justizzentrum_13092011.pdf

Unterwegs im Ammerland

Zum Ende der Sommerpause nutzte ich die Gelegenheit, die **Bürgermeister und die Bürgermeisterin im Ammerland zu besuchen**. In Bad Zwischenahn, Edeweicht, Westerstede und Wiefelstede ließ ich mich auf den neusten Stand der kommunalen Entwicklung bringen. Die Anliegen der Gemeinden sind mir sehr wichtig. Ich werde versuchen, die geschilderten Ideen umzusetzen und bei bestehenden Problemen eine gemeinsame Lösung zu finden.

In Edeweicht wies **Petra Lausch** nachdrücklich darauf hin, dass der **Ausbau des Küstenkanals** wichtig für die Infrastruktur der Region ist. Hier werde ich mich mit den zuständigen Fachpolitikern noch einmal zusammensetzen, um das Thema im Verbund mit der anstehenden Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung anzusprechen. Gleiches gilt für die noch nicht **flächendeckende Versorgung mit Breitband-Internet durch DSL**. Im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, die gesellschaftliche Veränderung durch Internet und neue Medien positiv zu begleiten und die Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in Deutschland zu berücksichtigen.

In Wiefelstede sprach ich mit Bürgermeister Völkers über den **Ende 2012 auslaufenden Konzessionsvertrag mit dem Energieunternehmen EWE**. Die Rekommunalisierung der Stromversorgung im ganzen Landkreis Ammerland wurde von den Räten als Option abgelehnt. Jetzt gilt es zu prüfen, wie die einzelnen Gemeinden und die Stadt Westerstede die besten Konditionen für sich und die Bürger und Bürgerinnen erreichen können. Ich werde mich nach Beispielfällen in meiner Fraktion umhören und die Materialien an die Gemeinden und die Stadt Westerstede weitergeben.

Erfreuliches hörte ich in Bad Zwischenahn von Bürgermeister Schilling: Die eingenummene Gewerbesteuer für das Jahr 2009 betrug 10 Millionen Euro und bietet damit eine verlässliche Finanzbasis für den kommunalen Haushalt. **Verlässlichkeit ist auch das Ziel unseres liberales Konzepts für eine aufkommensneutrale Ersetzung der Gewerbesteuer**. Durch ein eigenes Hebesatzrecht der Kommunen auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer und eine Anhebung des Umsatzsteueranteils, der auf die Kommunen entfällt, könnte die Krisen- und Schwankungsanfällige Gewerbesteuer ersetzt werden

In Westerstede sprach ich mit meinem Parteifreund Klaus Groß über die **Einführung des Fachs „Technik“ an der Westersteder Robert-Dannemann-Schule (RDS)**. Die Schule geht damit einen weiteren Schritt in Richtung Berufspraxis. Die RDS hat durch die Einführung des Fachs ein **unverwechselbares Profil** bekommen und bildet ein nachahmenswertes Vorbild für andere Schulen, die ihren Schwerpunkt auf eine zeitige praktische Berufsorientierung legen. Ich werde das Projekt, das auch mit der Universität Oldenburg zusammenarbeitet, meinen Kollegen und Kolleginnen in Bund und Land vorstellen. **Gerade in Zeiten, in denen ein Mangel an Ingenieuren und Fachkräften herrscht, sind innovative praxisorientierte Schulen unverzichtbar**.

Um Sie über meine Tätigkeiten im Wahlkreis Oldenburg Stadt und Ammerland auf dem Laufenden zu halten, werde ich auf meiner Ende des Jahres erscheinenden neuen Homepage eine eigene Rubrik zur Entwicklung in den einzelnen Städten und Gemeinden einrichten.

Sobald die neugewählten **Bürgermeister in den Gemeinden Rastede und Apen** Ihre Aufgabe offiziell angetreten sind, werde ich mich auch mit Ihnen zu einem Gespräch treffen.

Neues Mitglied im Schulvorstand

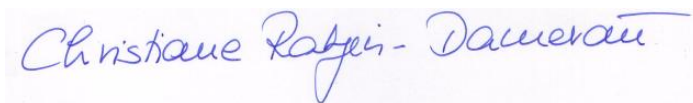
Ich habe mich sehr gefreut, als die Berufsbildenden Schulen 3 (BBS 3) aus Oldenburg mich gefragt haben, ob ich **Mitglied des Schulvorstands** werden möchte. Natürlich habe ich dieser ehrenvollen Aufgabe direkt zugesagt. Am 05. Oktober hatten wir unsere konstituierende Schulvorstandssitzung. Die BBS 3 hatte ich näher kennengelernt, als ich mit den beiden landwirtschaftlichen Fachschulklassen der BBS 3 über die zukünftige Entwicklung der deutschen Landwirtschaft diskutierte. Als gelernte Landwirtin hat mir die Diskussion mit den Schülern und Schülerinnen große Freude gemacht.

Erfahren sie mehr über die BBS 3: <http://www.bbs3-ol.de/>

Aktuelle Informationen sowie die gerade erschienene **Halbzeitbilanz der FDP-Fraktion** im Deutschen Bundestag finden sie wie immer auf meiner Homepage www.ratjen-damerau.de
Für weitere Fragen, Ideen und Anmerkungen stehen ich und meine Büros in Oldenburg und Berlin Ihnen immer gerne zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre/Eure



Christiane Ratjen-Damerau